

Wird diese Nachricht nicht richtig dargestellt, klicken Sie bitte [hier](#).

- **Ombudschaft in Niedersachsen: Stellungnahme zum Gesetzesentwurf**
- **Kostenheranziehung junger Menschen soll komplett abgeschafft werden**
- **Stellungnahme zur humanitären Notlage von Kindern und Jugendlichen an der polnisch-belarussischen Grenze**
- **Stellenanzeigen: Ombudsstellen in Berlin und NRW suchen Verstärkung**
- **Veranstaltungshinweise und Veröffentlichungen**

Liebe Kolleg\*innen und Mitstreiter\*innen, sehr geehrte Interessierte,

mit diesem Newsletter senden wir Ihnen anlassbezogenen Informationen, Veranstaltungshinweise und Materialien zum Themenfeld Ombudschaft in der Kinder- und Jugendhilfe und angrenzenden Diskursen.

Mit herzlichen Grüßen

das Team der Bundeskoordinierungsstelle Ombudschaft in der Jugendhilfe



### **Ombudschaft in Niedersachsen: Stellungnahme zum Gesetzesentwurf**

Durch den § 9a SGB VIII sind alle Bundesländer verpflichtet, bedarfsgerechte und unabhängige Ombudsstellen einzurichten, an die sich junge Menschen und ihre Familien wenden können, wenn

Konflikte mit Fachkräften öffentlicher oder freier Jugendhilfeträger bestehen. Das Nähere regelt das Landesrecht. Das Land Niedersachsen hat als erstes Bundesland einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorgelegt. Zu dem von der Landesregierung beschlossenen **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs und zur Niedersächsischen Kinder- und Jugendkommission** hat das Bundesnetzwerk Ombudschaft in der Jugendhilfe eine ausführliche **Stellungnahme** veröffentlicht. Der Gesetzesentwurf, der für Niedersachsen vier regionale Ombudsstellen und eine überregionale Ombudsstelle vorsieht, wird grundsätzlich vom Bundesnetzwerk Ombudschaft begrüßt. Die Stellungnahme diskutiert u. a. die Aspekte Unabhängigkeit und strukturelle Anbindung der Ombudsstellen, Qualitätsentwicklung und -standards der ombudschaftlichen Tätigkeit, Erreichbarkeit, Kooperation und Ehrenamtlichkeit.

### **Kostenheranziehung junger Menschen soll komplett abgeschafft werden**

Im Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien steht: „Heim- und Pflegekinder sollen eigene Einkünfte komplett behalten können“ (S.99). Wir begrüßen das Vorhaben, die Kostenheranziehung junger Menschen in stationärer Jugendhilfe komplett abzuschaffen, sehr. Jetzt muss dies nur noch umgesetzt werden.

Bis dahin finden sich aktuelle und vergangene Regelungen zum Thema Kostenheranziehung u.a. unter [www.kostenheranziehung.info](http://www.kostenheranziehung.info), auf Instagram unter #kostenheranziehung und auf der **ganz neu gestalteten Website des Careleaver e.V.** unter „Finanzen“.

Im Zuge der alten Regelungen, die bis 09.06.2021 galten, wurden die Beiträge zur Kostenheranziehung in manchen Fällen falsch berechnet, nämlich auf Grundlage des laufenden Jahres und nicht (wie es mit der alten Regelung richtig wäre) des Vorjahres. Wer hierdurch zu hohe Kostenbeiträge bezahlt hat, kann im Einzelfall für bis zu vier Jahre rückwirkend Geld erstattet kriegen. Dies ist bereits in einigen Fällen gelungen.

Nähere Informationen finden sich unter [www.kostenheranziehung.info](http://www.kostenheranziehung.info).

### **Stellungnahme zur humanitären Notlage von Kindern und Jugendlichen an der polnisch-belarussischen Grenze**

Zusammen mit internationalen und nationalen Partner\*innen hat die Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) die **Stellungnahme „Das Recht verpflichtet!“** europaweit veröffentlicht. In dieser heißt es: „An der Grenze zwischen Belarus und Polen werden seit Monaten Kinder- bzw. Menschenrechte gebrochen und missachtet. Geflüchtete an die EU Grenze zu Polen zu bringen, um die EU unter Druck zu setzen, ist menschenverachtend und nutzt die Notlage der Menschen aus. Die EU verschärft diese Notlage durch eine rigide und gewaltsame Grenzpolitik und missachtet internationales Recht und EU Abkommen – das muss endlich gestoppt werden! (...) Die Europäische Union hat es zugelassen, dass Kinder, Jugendliche und Familien an ihren Grenzen zum Spielball internationaler Konflikte geworden sind. Durch die rigide Abschottungspolitik, die die Menschenrechte nicht anerkennt, sind Menschen gestorben und hunderte befinden sich in einer lebensbedrohlichen Situation. Die EU ist in der Pflicht Lösungen für die menschenverachtende Situation an ihrer Außengrenze zu finden, die nur durch die Verwirklichung der unhintergehbaren Rechte der Geflüchteten bestehen können. Dies ist durch eine Aufnahme in weiteren Ländern und durch Unterstützung in Form von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie Familienhilfe zu

gewährleisten.“

Das Bundesnetzwerk Ombudschaft in der Jugendhilfe unterstützt die **Stellungnahme** und freut sich, wenn diese weitergeleitet wird.

### Stellenanzeigen: Ombudsstellen in Berlin und NRW suchen Verstärkung

- Der **Berliner Rechtshilfefonds Jugendhilfe** sucht ab sofort eine\*n sozialpädagogische\*n oder juristische\*n Mitarbeiter\*in in Teilzeit. Aufgaben sind die individuelle ombudshaftliche Beratung und Begleitung zusammen mit ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter\*innen, die Vermittlung von Informationen an junge Menschen und Eltern über ihre Rechte in den Hilfen zur Erziehung, die (statistische) Auswertung der Beratungsarbeit u. v. m. Nähere Informationen finden sich in der **Stellenausschreibung des BRJ**.
- Die **Ombudschaft Jugendhilfe NRW** sucht eine Sozialpädagogische Fachkraft ab sofort in Vollzeit. Zu den Aufgaben gehören u. a. die Beratung junger Menschen und Leistungsberechtigter die Akquise und Qualifizierung von ehrenamtlichen Ombudspersonen für die Fallberatung, die Gewinnung von Jugendämtern und freien Trägern als örtliche Kooperationspartner. Nähere Informationen finden sich in der **Stellenausschreibung der Ombudschaft Jugendhilfe NRW**.

### Veranstaltungshinweise und Veröffentlichungen

- **Save the date: Fachtag „Störenfriede oder Mitstreiter? – Zur Bedeutung von Ombudschaft in der Jugendhilfe“** am 29.04.21 in Berlin. Alle Veranstaltungen des BNO finden Sie **hier**.
- **Aktuelles Rechtsgutachten: „Freiheitsentziehende Maßnahmen und geschlossene Unterbringung nach § 1631b BGB in der Kinder- und Jugendhilfe“** von Prof. Dr. jur. Janssen. Alle Veröffentlichungen des BNO finden Sie **hier**.



**Ombudschaft** beschreibt ein spezifisches Konzept im Umgang mit Streitfragen, bei dem die Interessen der strukturell unterlegenen Partei durch die Ombudsperson besondere Beachtung finden. Aufgabe der Ombudschaft ist es, die strukturelle Machtasymmetrie zwischen den Parteien auszugleichen, um eine gerechte Einigung zu erreichen.

**Ombudsstellen in der Kinder- und Jugendhilfe** sind unabhängige Beratungs- und Beschwerdestellen, die junge Menschen und ihre Familien bei Fragen oder Schwierigkeiten mit der Kinder- und Jugendhilfe nach diesem Konzept informieren, beraten und unterstützen.

**Das Bundesnetzwerk Ombudschaft** in der Kinder- und Jugendhilfe ist ein bundesweiter Zusammenschluss von unabhängigen Ombudsstellen und -initiativen, die sich auf einheitliche Qualitätsstandards der

ombudtschaftlichen Arbeit verständigt haben.

---

Wenn Sie diese E-Mail (an: [unknown@noemail.com](mailto:unknown@noemail.com)) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese **hier** kostenlos abbestellen.

Bundeskoordinierungsstelle Ombudschaft  
Emser Str. 126  
12051 Berlin  
Deutschland

030 213 008 73  
[info@ombudschaft-jugendhilfe.de](mailto:info@ombudschaft-jugendhilfe.de)

